

Laibacher Zeitung.



Nr. 71.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 28. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1871.

Nichtamtlicher Theil. Politische Uebersicht.

Laibach, 27. März.

Die „Grazer Zeitung“ vom verfloffenen Freitag hat von der Besprechung der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. gehaltenen Rede Herbsts Anlaß zu einer Redactionsbemerkung genommen, in welcher behauptet wird, daß auf einen völlig mißdeuteten Passus zurückzugreifen Anlaß genommen wird, um dieserhalb die Regierung anzugreifen. Diese Waffe wäre nicht geboten worden, würde nicht seinerzeit ein ernstes Unwohlsein den Chefredacteur der „Grazer Zeitung“ an das Krankenlager gefesselt haben. Es sei zu beklagen, daß eine so bedeutende Persönlichkeit, wie Herbst, selbst vor derlei kleinlichen Angriffsmitteln nicht zurückscheue, da er doch aus seiner früheren Stellung das Maß von Verantwortlichkeit genau kennen müsse, welches die Regierung für die dem Centrum fernestehenden Organe übernehmen könne.

Graf Bellegarde wurde gestern in Berlin in einer Abschiedsaudienz vom Kaiser Wilhelm empfangen. Gestern empfing der Kaiser auch die Vertreter Oesterreichs, Spaniens und Italiens, welche Glückwünsche ihrer Souveräne zur Annahme der Kaiserwürde überreichten.

Die norddeutschen Blätter, die Thronrede besprechend, mit welcher Kaiser Wilhelm den deutschen Reichstag eröffnete, heben zunächst ihre Friedensverheißungen hervor. Die „Sp. Ztg.“ knüpft an die Thronrede folgende Bemerkungen über die Mission Deutschlands: „Nicht, wie es Frankreichs Ehrgeiz war, hat Deutschland das Streben, europäische Fragen aufzuwerfen, an der Spitze von kriegerischen Coalitionen oder Völkercongressen zu stehen, es rühmt sich nicht, Schmerzensschreie angeblich unterdrückter Nationalitäten zu propagiren und zu erhören; es wird nicht Europa erschüttern durch einen politischen Neujahrsgruß. Es ist zu Frieden, seine eigenen Angelegenheiten friedlich zu besorgen. Und wenn Europa eine kurze Zeit lang die Vorzüge dieses neuen Zustandes vor dem bisherigen wird schätzen gelernt haben, dann wird es nicht mehr daran denken, Frankreich durch sein Mitleid zu trösten und zu ermuthigen; und dann werden wir sicheren Frieden haben und Europa wird es für selbstverständlich halten, die bisher in Voraussicht der Kriege gemachten Ausgaben zum großen Theile für Werke des Friedens zu machen.“

Die Gesandtschaften von Frankreich, Großbritannien und Italien in München und Stuttgart werden, wie die „Pr.“ berichtet, definitiv aufgehoben; in München auch die russische, während aus Gründen der Verwandtschaft der beiden Höfe eine russische Vertretung in Stuttgart bestehen bleibt. Bekanntlich hören auch die österreichisch-ungarischen Vertretungen an beiden süddeutschen Höfen auf, sowie nun feststeht, daß nur der bayerische Hof einen Geschäftsträger an dem verwandten Wiener Hofe unterhalten wird.

Die Lage von Paris gestaltet sich immer düsterer. Zwar meldet der Telegraph von Verhandlungen, allein wäre die Regierung von Versailles im Besitze der nöthigen Gewaltmittel, so würde sie wohl nicht an Unterhandlungen denken, und es sind diese daher ein Zeichen von Schwäche, welches der blutgierigen Emeute und der verzweifeltsten Energie ihrer Führer gegenüber schlecht angebracht ist. Die Insurgenten haben Zeit gehabt, sich militärisch zu organisiren. Die revolutionäre Regierung stützt sich offenbar auf die Arbeitermassen und scheint es auf einen dem Juni-Aufstande von 1848 ähnlichen Verzweiflungskampf ankommen lassen zu wollen. Die Organe der Versailler Regierung sehen die Sache weit optimistischer an, sie halten die Versailler Regierung für feststehend durch die Einigkeit der Franzosen und die Treue der in Versailles concentrirten Armee. Inzwischen, während die Versailler Regierung schöne Phrasen macht, handeln ihre Gegner.

Der Beginn der Friedensverhandlungen ist inzwischen in Folge eines Uebereinkommens der beiden beteiligten Mächte bis Anfangs April vertagt worden. Für die nicht eingezahlte erste Rate der Kriegsschädigung wurde ein viertägiger Aufschub bewilligt. Indessen soll das Rothschild'sche Consortium Thiers die erste halbe Milliarde der an Deutschland zu zahlenden Kriegsschädigung zugesichert haben.

In Berliner officiellen Kreisen verlautet, schon während der Friedensverhandlungen mit Thiers in Versailles habe Bismarck die vierwöchentliche Besetzung von Paris durch deutsche Truppen bis zur Befestigung geordneter Zustände verlangt, was von Thiers damals mit patriotischem Entsetzen zurückgewiesen wurde. Jetzt sind seitens der französischen Regierung Unterhandlungen behufs der deutschen Occupation von Paris auf ebensolange angeknüpft worden. Durch die neuesten Vorgänge in Frankreich wird eine unberechenbare Erhöhung der Contribution und eine verstärkte Occupation des Landes eintreten. Dies ist der Grund der Verzögerung der Brüsseler Verhandlungen. Die Verpflegung der deutschen Truppen in Frankreich kostet täglich 260.000 Thaler.

Man versichert, die Pforte habe die Aufmerksamkeit der Garantemächte der Donaufürstenthümer auf die Nothwendigkeit der Ergreifung von Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung in Bukarest gelenkt.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. März.

(Schluß.)

In der Debatte über die auf die Herbst'sche Interpellation (in Betreff der angekündigten Vorlagen) ertheilte Antwort nimmt als zweiter Redner Baron Boche das Wort. Er erklärt, von den Personen ganz absehen und sich nur an die Sache halten zu wollen, und da müsse er ohne Rückhalt bekennen, daß ihm viele Sätze des ministeriellen Programms vollkommen aus der Seele geschrieben scheinen.

Ich kann es nur als selbstverständliche Aufgabe einer jeden Regierung anerkennen, daß sie allen staatsfeindlichen Bestrebungen mit der schonungslosen Strenge des Gesetzes entgegentritt. Der Wunsch, den inneren Frieden herzustellen, befehlt gewiß uns Alle. Allein bei einem Frieden ist die wesentlichste Frage: Wie soll der Frieden abgeschlossen werden?

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich durch eine Bactirung eine befriedigende Lösung kaum erwarten läßt, wenn man im vorhinein nicht die Grenzen gesteckt hat, welche für die Macht, für die Legislation, kurz für die ganze Aufgabe des Gesamtstaates nothwendig sind. Das ist der Schild, mit dem die Regierung allen Parteien mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten kann. Die Festigkeit der Regierung in dieser Beziehung kann auch nur dazu beitragen, auch in jenen Kreisen, die jetzt gegnerisch sind, die Stimmung zum Ausgleich geneigter zu machen.

Die Regierung muß vor Allem den Ausgleich in der Weise wollen, daß nicht blos die formelle Staatseinheit ihr Zweck ist, sondern daß sie auch die Absicht habe, den Staat so zu erhalten, daß er seine hohe und für Alle segensreiche Aufgabe erfüllen kann.

Hoch und heilig müssen ferner gehalten werden die Rechte der Krone. Die Krone in Oesterreich ist der Hort, zu dem alle emporklicken, wenn es sich um die Sicherung und den Schutz ihrer Rechte und ihrer Interessen handelt.

Bei der Regierung muß endlich auch das Bestreben vorhanden sein, gegen Jedermann, insbesondere aber in Bezug auf die Bedürfnisse des Staates, vollkommen gerecht zu sein. Zu alledem ist vorerst die Beruhigung der Gemüther erforderlich; die Aufregung und die Befürchtungen, die jetzt alle Kreise beherrschen, müssen verschwinden.

Und am Werke der Beruhigung mögen alle mitarbeiten, welche sowohl in der öffentlichen Presse, wie in den Vereinen, im bürgerlichen Leben irgend eine weitergreifende Wirksamkeit entfalten können.

Dr. Giska bespricht die beiden in Oesterreich herrschenden Bestrebungen für Einigung, Concentration und andererseits für die Autonomie der Theile. In Oesterreich — und das ist meine volle Ueberzeugung — müssen diese beiden Grundanschauungen und Bestrebungen ihre Vereinigung finden, und es ist die Befriedigung der Völker, soweit die Einheit des staatlichen Ganzen es gestattet, eine unabweißliche Nothwendigkeit.

Ich hätte gemeint, daß bereits jeder kaiserliche Minister heute die zwei Momente als untrennbar erkannt hat und eine einseitige Lösung des einen Momentes ohne das andere gar nicht mehr versuchen wird.

Redner bedauert, daß nicht die directen Wahlen als Correctiv für jede Erweiterung der Autonomie in der Antwort des Ministers Erwähnung gefunden haben.

Abg. Dr. Knoll bespricht die Situation vom deutsch-nationalen Standpunkte.

Wir Deutschböhmen, sagt Redner, stehen treu zum Reiche, wir sind gewohnt, die gesetzgebende Gewalt seit Jahrhunderten in Wien zu suchen, wir verhorresciren die Gemeinschaft der übrigen Kronen, die bis vor fünf Jahren zum deutschen Bunde gehörten. Wir sind des Kaisers von Oesterreich erprobte Unterthanen, ihm treu verpflichtet, mit der ungenannten böhmischen Krone haben wir nichts zu schaffen; eine Einfügung in andere staatsrechtliche Verhältnisse sind wir weder zu dulden verpflichtet, noch sind wir einer solchen Einfügung stattzugeben gesonnen.

Unsere Justiz, unsere Verfassung, unsere constitutionellen und Unterrichtsgesetze, kurz unsere ganze große Legislation aus der czechischen Landtagsstube entgegenzunehmen, dazu würden sich die Deutschen in Böhmen nimmermehr entschließen.

Baron Lasser sagt im Eingange seiner Rede, daß über die Hauptzüge des ministeriellen Programms wohl kein principieller Gegensatz bestehen könne. Es handle sich weiter um den Weg, um die Mittel, den inneren Frieden herzustellen.

Auf die Zweckmäßigkeit und Opportunität der Maßregeln, die das Ministerium in dieser Beziehung zur Erfüllung seiner Aufgabe zu ergreifen beabsichtigt, wird besser zurückzukommen sein in jenen Tagen, wo das Ministerium die diesfälligen Vorlagen vor das Haus bringt. Was ich aber bei dieser Gelegenheit hervorheben will, ist, daß ich die Interpellation — und in dieser Beziehung sind Mehrere in diesem h. Hause meiner Ansicht — durchaus nicht in der Tendenz und Absicht unterschrieben habe, als ob wir so brennend wären, diese Vorlagen zu bekommen. (Rufe links: Sehr richtig!) Dieser Wunsch wird von vielen Mitgliedern dieses h. Hauses durchaus nicht getheilt; die Absicht aber, Klärung in die Situation zu bringen (Rufe links: So ist es!), und zwar nicht erst Klärung zu bringen durch die Vorlagen, die in Aussicht gestellt sind, sondern durch die Discussion, die heute im Hause stattfindet, das ist der eigentlich für mich leitende Gedanke gewesen, als ich die Interpellation unterschrieb. (Bravo! Bravo! links.) Redner spricht seine Zustimmung zur Rede Herbst's aus.

Ich danke ihm, weil ich in solchen Worten, die an dieser Stelle gesprochen werden, in der That eine Art Heilmittel erblicke gegen dasjenige, woran Oesterreich am meisten krankt und fränkelt. Worin liegt das? Es liegt nach meiner Ueberzeugung darin, daß man seit Jahren — und es ist der Umstand, daß das geschieht, eine unverzeihliche österreichische Eigenthümlichkeit — nur vom Zerfall Oesterreichs spricht. (Rufe links: Sehr richtig!) Das ist unsere Krankheit. Oesterreich ist noch nicht so schwach, so gebrechlich, noch nicht dem Verderben und Untergange so nahe, als man immer in die Welt hinausposaunt und was man eigentlich im Innern doch selbst nicht glaubt. (Rufe links: Sehr gut!) Aber dieses ewige Reden vom Untergange, vom Zerfalle Oesterreichs ist ein Nachtheil und die eigentliche Krankheit Oesterreichs.

Abg. Dr. v. Grocholski: Die nächste Veranlassung, in der heutigen Debatte das Wort zu ergreifen, gaben mir die Ausführungen des Herrn Dr. Herbst über die Bedeutung des Wortes „verfassungstreu.“ Der einzige Grund, warum diese Partei diesen Namen führt, ist wohl der, daß sie sich selbst ihn beigelegt hat (Sehr gut! rechts); denn wir sind ebenso verfassungstreu und anerkennen, daß die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden dürfe. (Bravo! links.) Das war auch die Ansicht unseres Landtages.

Wenn aber die Centralisation als ein Regierungsprogramm gelten soll, so muß ich bemerken, daß sie bereits als solche einmal angewendet wurde, und sich nicht bewährt hat. (Bravo! rechts.) Es gibt in diesem Hause überhaupt mit Ausnahme der Abgeordneten aus Tirol und Vorarlberg keine politischen, sondern nur nationale Parteien. (Rufe rechts: Sehr gut!)

Ueber die politischen Fragen sind die Mitglieder der nationalen Parteien selbst verschiedener Ansicht und manche stimmen gegen ihre politische Ueberzeugung, wenn es eine nationale Frage gilt. Die Deutschen machen es in dieser Beziehung wie wir.

Wir haben allerdings in unseren Grundrechten den Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten, die so geschützt werden sollten. Der Grundsatz klingt hell, aber nur wie jede Glocke, weil er inwendig hohl ist. Eine Gleichberechtigung der Nationalitäten auf demselben Territorium ist nicht möglich, daher finden wir sie

auch in Oesterreich nirgends durchgeführt. Am ehesten kann man noch die deutsche und die ungarische Nationalität gleichberechtigt nennen, aber in vollem Umfange sind es auch sie nicht, denn das Commando der Armee und die Geschäftssprache der Ministerien ist deutsch (Heiterkeit links); ich beklage es nicht, es kann nicht anders sein.

Auch soll man den Grundsatz aufgeben, daß der Reichsrath den Minoritäten Schutz zu gewähren habe; überhaupt ist die Nationalitätenfrage soviel als möglich aus dem Reichsrathe zu entfernen und soll in den Landtagen ausgetragen werden. (Widerspruch links; Rufe rechts: Sehr richtig.) So lange dies nicht der Fall ist, so lange wir uns hier nicht nach den politischen Ueberzeugungen, sondern nach Nationalitäten zusammenscharen, wird das gegenwärtige Chaos bleiben und die Fortentwicklung unserer Verfassung unmöglich sein. Uebrigens können sich mit der bloßen Anerkennung der Gleichberechtigung der Sprachen in den Ländern gemischter Zunge die Nationalitäten nicht begnügen. Außerdem bedarf nämlich jede Nationalität, um sich entwickeln zu können, im Gesetzgebungswege und im administrativen Wege Schutz für ihre Eigentümlichkeiten; erst, wenn dies geschehen, wird auch eine Lösung der österreichischen Wirren zu erwarten sein. (Beifall rechts.)

Ich glaube mit Freuden wiederholt die Erklärung begrüßen zu können, daß auch von jener Seite (rechten) die Verfassung als der unantastbare Rechtsboden betrachtet werde, und daß nur auf diesem Rechtsboden auf dem von ihr vorgezeichneten Wege eine Aenderung eintreten könne. Ich muß offen sagen, daß ich diese Anschauung, die auch dort (auf der rechten Seite) offen und unumwunden zum Ausdruck gekommen ist, freudig begrüße, darin glaube ich, sind wir auch Parteigenossen, und es haben sich die Herren, sie mögen diese oder jene Sprache führen, ganz als Verfassungspartei manifestiert; ich erwarte daher, daß wir in allen Fragen, bei denen nicht nationale Momente entscheiden, Bundesgenossen sind, ich erwarte daher, daß Sie (zur Rechten gemeldet) auch in dieser Frage, in deren Beantwortung wir heute eingetreten sind, nämlich, uns Klarheit der Regierung gegenüber zu verschaffen, Hand in Hand mit uns gehen werden. Die Beantwortung der Interpellation habe nicht die gewünschte Klarheit gebracht.

Meine Herren, das Recht, die Minister zu ernennen, ist ein unantastbares Recht der Krone; aber die ernannten Minister müssen sich wohl bewußt sein, ob sie in einem constitutionellen oder absoluten Staate Minister sind. (Rufe links: Sehr wahr!) Im absoluten Staate haben die Minister unbedingt den Willen ihres allerhöchsten Herrn auszuführen, das ist ihre Aufgabe; aber im constitutionellen Staate, wenn wir nicht einen Scheinconstitutionalismus, sondern einen wahren Constitutionalismus haben, kann eine Regierung nur dann wirken, wenn sie Hand in Hand mit der Volksvertretung geht. (Bravo! links.) Das ist aber nur möglich, wenn beide das gleiche Ziel, beide die gleichen Wege haben.

Es wurde von Sr. Excellenz dem Herrn Vorsitzenden im Ministerrathe gesagt, nach constitutionellen Principien kann jede Regierung aus eigener Initiative ihre Vorlagen vor das Haus bringen, wann sie will, und man hat nicht das Recht, sie dazu zu zwingen. Dies ist vollständig richtig, so weit es die Geschäftsführung betrifft; aber hier, wo das Ministerium nur eingetreten ist, um den staatsrechtlichen Frieden herzustellen, hier ist es Bedingung der Action, uns bekannt zu geben, auf welcher Grundlage dies geschieht. (Rufe links: So ist es!) Wir haben nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, darauf zu dringen, daß die Sache klar werde. Nur dann, wenn es einigermaßen möglich ist, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen, wird es der Regierung möglich sein, ihr Ziel zu erreichen.

In ihrem eigenen Interesse ist es daher, offen Farbe zu bekennen.

Redner bespricht einige Regierungsacte, namentlich das Verbot der deutschen Siegesfestlichkeiten, das er unbegründet und unpolitisch findet.

Angeführt werden weiter der Erlaß in Betreff der Enquête über Mängel der Schulgesetze, der Brief des Linzer Bischofs, der nicht gerichtlich verfolgt wurde, endlich angebliche Verhandlungen mit Gegnern der Verfassung. Pflicht sei es, endlich Klarheit zu schaffen, und als er die Interpellation unterschrieb, sei er sich der weiteren Mittel dazu bewußt gewesen, der Rekruten- und Steuerbewilligung.

Wann dieser Fall eintritt, — das werden die Ereignisse herbeiführen. Ich erkläre jedoch ganz entschieden, daß ich mich zur Bewilligung des Budgets nicht herbeilassen kann und werde, wenn ich nicht früher volle Klarheit und Offenheit von der Regierung habe. Die Regierung hat es ja in der Hand, volle Klarheit zu geben. Ich sage also und spreche es mit aller Bestimmtheit und Offenheit aus: Meine Herren! Entweder loyales Entgegenkommen, oder offener entschiedener Kampf! Eines von beiden nur ist die Wahl.

Rechbauer polemisiert noch gegen einige Ausführungen Grocholsti's, namentlich sagt er, die nationalen Minoritäten müssen im Reichsrathe ihren Schutz finden. Die Abg. Chlumetzky und Weber sprechen gegen einzelne Ausführungen Grocholsti's, während Baron Christian

Rog namentlich die Ausführungen Rechbauers bezüglich einer etwaigen Steuer- und Rekrutenbewilligung bekämpft. Minister des Innern und Vorsitzender des Ministerrathes

Graf Hohenwart:

Ich bin mit großer Aufmerksamkeit der Debatte gefolgt, die soeben ihren Abschluß gefunden hat.

Es sind die verschiedensten, mitunter einander widersprechenden Ansichten über dasjenige zum Ausdruck gelangt, was unserem Staate frommt. Ich kann gegenwärtig wohl nicht auf alle diese einzelnen Fragen eingehen, ich muß im Gegentheil der Regierung das Recht vorbehalten, zu diesen einzelnen, heute im h. Hause angeregten Fragen dann Stellung zu nehmen, wenn die Tagesordnung des h. Hauses sie als Gegenstand näherer und eindringlicher Erörterung aufstellen wird. Ich kann daher, was diesen Theil der Debatte anbelangt, dem h. Hause Namens der Regierung nur die Versicherung geben, daß wir das Gehörte reiflich erwägen und im Interesse unserer künftigen Thätigkeit verwerthen werden.

Dagegen halte ich es für meine Pflicht, auf einige Bemerkungen, die direct an die Adresse der Regierung gerichtet waren, Etwas zu erwidern.

Es hat der erste Herr Redner, welcher in der heutigen Debatte gesprochen hat, das Programm der Regierung zum Ausgangspunkte genommen und nachgewiesen, daß die nachfolgenden Thaten der Regierung eben kein Beweis für die besondere Verfassungsfreundlichkeit derselben waren; er hat in dieser Beziehung hervorgehoben, daß ich bei einem früheren Anlasse in diesem h. Hause darauf hingedeutet habe, daß die Regierung gleich nach ihrem Antritte den Reichsrath einberufen, die Ergänzung der Wahlen für denselben ausgeschrieben, die Ernennung des Präsidenten des Herrenhauses vorgenommen hat.

Allerdings habe ich mich darauf berufen, allein das geschah zu einer Zeit, wo man eben dem Ministerium eine verfassungsfreundliche Haltung zugemuthet hatte, und ich erklärte damals, daß diese Zumuthung wenigstens aus den bisherigen Thaten des Ministeriums nicht gerechtfertigt sei. Damals habe ich auch ausdrücklich erklärt, daß ich das nicht anführe, um dem Ministerium ein Verdienst daraus geltend zu machen; ich habe weiters, was die Ausschreibung der Ergänzungswahlen und die Ernennung des Herrenhauspräsidenten betrifft, nicht das hervorgehoben, daß es überhaupt geschehen sei, sondern ich habe hervorgehoben, daß die Art und Weise, wie es geschehen sei, eher den Wünschen der Verfassungsfreunde, als denen ihrer Gegner entsprechen dürfte.

Dieser erste Herr Redner hat sich weiters darauf gestützt, daß wir in unserem Programm ausgesprochen haben, die Regierung sei in allen einzelnen Fragen, auch selbst in den Details vollkommen einig, und hieraus deducirt, daß, wenn dies wirklich der Fall ist, wir auch sogleich mit den Vorlagen vor den Reichsrath treten könnten.

Nun glaube ich, daß der Herr Vorredner hiebei übersehen hat, daß wir in unserem Programme allerdings von der Einheit in den Principien sprachen, daß damit aber noch nicht die volle Einheit in allen Einzelheiten der Vorlagen gemeint sei. Ich will hiebei ganz von dem Gesichtspunkte absehen, den ich bereits in der Beantwortung der Interpellation hervorgehoben habe, daß, wenn die Regierung eine Vorlage an den Reichsrath aus ihrer Initiative bringt, es ihr doch auch vorbehalten sein muß, zu erwägen, wann der geeignete Moment hiezu eingetreten sei.

Der erste Herr Redner hat weiters darauf hingedeutet, daß das beunruhigende Moment in der gegenwärtigen Situation darin gefunden werden muß, daß die Presse fort und fort Sensationsnachrichten bringe, und zwar nicht, daß sie sie bringe, denn er hat selbst anerkannt, daß diesen Nachrichten eben kein großes Gewicht beizulegen sei, — sondern er fand das beunruhigende Moment nur darin, daß diese Sensationsnachrichten eben nur auf eine Partei beunruhigend wirken. Ich glaube, hiefür ist die Erklärung sehr leicht gefunden. Wenn der Herr Vorredner die Journale, welche derselbe Sensationsnachrichten bringen, einer Aufmerkung unterziehen will, so wird er erkennen, daß alle diese Journale auch einer Farbe angehören. (Bravo! Bravo! rechts: Rufe links: Vaterland!) Das, glaube ich, ist ziemlich begreiflich.

Es ist uns von derselben Seite das ausgesprochene Verbot der deutschen Siegesfeier entgegen gehalten worden. Ich werde mich über diesen Gegenstand nicht weiter auslassen. Ich habe eine in dieser Beziehung an uns gestellte Interpellation bereits beantwortet, und glaube, daß wir in dieser Interpellationsbeantwortung den Beweis gegeben und nachgewiesen haben, daß die Regierung nicht das Verbot erlassen hat, um einer Nationalität entgegenzutreten, sondern um alle Nationalitäten, die in Oesterreich leben, gleichmäßig zu achten; wir haben es weiters gerechtfertigt durch Rücksichten auf die innere Ordnung des Staates und ich glaube, daß diese Rücksichten nicht ganz unbegründet waren. Darüber haben uns in der Zwischenzeit nicht bloß im Auslande vorgefallene Ereignisse, sondern auch die Ereignisse im Inlande genügend belehrt. (Bravo! Bravo! rechts.) Es ist dieser Anlaß der deutschen Siegesfeier von einem andern Herrn Redner auf dieser (linken) Seite des Hauses auch dazu benützt worden, um aus

demjenigen, was ich damals bei der Interpellationsbeantwortung über die Depeche vom 26. December v. J. gesprochen habe, einen Widerspruch zwischen dem Ministerium des Aeußeren und diesem Ministerium darzuthun. Ich habe damals die Ehre gehabt, zu bemerken, daß ich diese Erklärung der Depeche vom 26. December im vollen Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler gegeben habe; ein Widerspruch zwischen unseren Anschauungen liegt also in dieser Beziehung durchaus nicht vor und kann ich auch versichern, daß in dem diesseitigen Ministerium nicht der entfernteste Widerspruch herrscht, wenn ich auch nicht in Abrede stellen kann, daß vielleicht in früherer Zeit in Regierungskreisen nicht immer die vollständigste Harmonie geherrscht hat; wissen die Herren doch, daß das parlamentarische Ministerium es war, das mit einem Majoritäts- und Minoritätsvotum hervortrat. (Heiterkeit rechts, Bewegung links.) Uns können sie einen ähnlichen Vorwurf nicht machen. (Bravo! rechts.)

Es ist uns weiter vom Herrn Abg. Dr. Rechbauer unsere Haltung gegenüber der Presse vorgeworfen worden. Wir haben, meine Herren, anfänglich in diesem hohen Hause die Erklärung abgegeben, daß wir von der Anschauung ausgehen, daß jedes bestehende Gesetz auch befolgt werden müsse, so lange als es eben Gesetz ist. Dieser Anschauung und diesem Grundsatz entsprechend ist auch der Erlaß, welchen mein verehrter Herr Colleague, der Herr Justizminister, an die Staatsanwaltschaften gerichtet hat. Meine Herren, wir achten und ehren vollkommen die Freiheit der Presse und sind der Ueberzeugung, daß Derjenige, welcher die Vortheile der Pressefreiheit genießt, wohl auch die Nachteile derselben mit in den Kauf nehmen muß. Allein, meine Herren, ich glaube, es gibt auch hier eine Grenze, die im Interesse des Staates, im Interesse der öffentlichen Moral nie überschritten werden soll. (Sehr gut! rechts.)

Ich will heute nicht in die nähere Erörterung dieser Frage eingehen, allein ich glaube es Ihrer besonderen Erwägung empfehlen zu dürfen, ob nicht bei uns diese Grenze vielleicht überschritten sei. (Rufe links: Vaterland, Grazer Amtszeitung! Sehr gut! rechts.) Derselbe Herr Redner hat auch hingewiesen auf die Verordnung des Herrn Unterrichtsministers, durch welche die Landeschulräthe aufgefordert wurden, die bestehende Schulgesetzgebung einer Revision zu unterziehen, und im Falle dagegen Bedenken oder Schwierigkeiten sich herausgestellt haben, dieselben dem Unterrichtsministerium zur Kenntniß zu bringen. Ich glaube, in dieser Beziehung steht die Frage sehr einfach. Ist in dem hohen Hause Jemand in der Lage, zu behaupten, daß die Schulgesetzgebung keine Mängel habe? Ist das hohe Haus in der Lage, ein Land namhaft zu machen, in welchem diese Schulgesetzgebung bereits factisch zur vollen Zufriedenheit durchgeführt ist? Ich glaube, nein. Ich glaube, überall haben sich mehr weniger große oder geringere Schwierigkeiten ergeben, und mir scheint es daher die vollkommene Aufgabe der Regierung, ja ihre Verpflichtung zu sein, nachzuforschen, wodurch denn diese Schwierigkeiten hervorgerufen worden sind, denselben wo möglich Rechnung zu tragen und die Beseitigung dieser Schwierigkeiten herbeizuführen. Daß dies nicht anders geschehen kann, als eben durch eine Gesetzesvorlage in diesem hohen Hause, liegt auf der Hand, nachdem es ursprünglich ein Reichsgesetz ist und wir wiederholt und bei jeder Gelegenheit erklärt haben, daß wir uns strenge an die Vorschriften der Verfassung in dieser Beziehung halten werden.

Der Herr Abg. Dr. Rechbauer hat aber noch auf einen anderen Umstand hingewiesen und demselben, wie ich glaube, besonderes Gewicht beigelegt, nämlich auf die Verhandlungen, die von unserer Seite mit Mitgliedern der Opposition gepflogen wurden, welche die Verfassung selbst leugnen.

Nun frage ich, was ist in dieser Beziehung vorgefallen? Die Besprechung mit einzelnen Führern der czechischen Partei. Wir haben an die Spitze unseres Programms den Satz gestellt, daß wir es als eine unserer vorzüglichsten Aufgaben erkennen, den inneren Frieden herzustellen und die gegenwärtig in der Opposition stehenden Parteien im Interesse des gemeinsamen Staatszweckes auch zur gemeinsamen Thätigkeit wieder zu vereinigen.

Ich glaube, das ist ein Ziel, welches jeder Staatsmann in Oesterreich im Auge behalten muß, und welches derjenige um so eifriger verfolgen soll, dem überhaupt das Gedeihen und die Erhaltung unseres Verfassungslebens am Herzen liegt. Denn ich wenigstens habe die Ueberzeugung, daß wir erst dann jeder Sorge um das Verfassungsleben für immer entbunden sein werden, wenn es gelungen sein wird, wieder alle Stämme des Reiches dem Verfassungsleben zuzuführen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Es ist mir übrigens in dieser Beziehung wohl doppelt befremdend, von dieser (linken) Seite des h. Hauses bei dieser Gelegenheit eine Ausstellung zu erhalten. Ist denn das gegenwärtige Ministerium, frage ich, das erste, welches in dieser Beziehung Verhandlungen mit den Czechen pflegt? Ich glaube, es war auch das parlamentarische Ministerium, welches früher jene Partei zu Verhandlungen nach Wien eingeladen hat. (Rufe links: Sehr richtig!)

Wenn nun diese Verhandlungen, meine Herren, nicht factisch platzgegriffen haben, so wissen ja Alle, daß

dies nicht die Schuld, oder, wenn sie es lieber wollen, nicht das Verdienst jenes Ministeriums gewesen ist. (Heiterkeit. Rufe rechts: Sehr richtig!)

Ich frage aber, was empfiehlt man uns an Stelle dessen für eine Politik? Wenn ich den Herrn Vorredner richtig aufgefaßt habe, wenn ich mir die Befürchtungen gegenwärtig halte, die rege geworden sind gegen jede Aenderung der Verfassung im gegenwärtigen Momente, so kann ich mir darauf nur antworten, man empfiehlt uns die Politik des einfachen Zuwartens.

Nun ich gestehe, daß das auch eine Politik ist, allein, ob sie uns gerade von dieser (linken) Seite des Hauses empfohlen werden sollte und ob diese Seite das Recht hiezu hat, bezweifle ich, denn ich glaube, es waren dieselben Männer, welche einem Ministerium eben deshalb die kräftigste Opposition machten, weil dieses Ministerium die Worte ausgesprochen hatte: „Wir können warten.“ (Rufe rechts: Sehr gut!)

Und damals, glaube ich, dürfte dieses Wort eher an seinem Plage gewesen sein, als im gegenwärtigen Momente, in welchem die Ereignisse, die sich in Europa vollziehen, wenn ich sie anders richtig beurtheile, nur Oesterreich die ernstste Mahnung zuzurufen scheinen, keinen Augenblick zu verlieren, um zur endlichen definitiven Gestaltung der inneren Verhältnisse zu gelangen. (Beifall rechts.)

Ich komme nunmehr zurück auf den ersten Herrn Redner, der heute das Wort ergriffen hat. Er hat ein Programm der Verfassungspartei in diesem h. Hause entworfen und als ersten Satz aufgestellt:

„Die Staatspolitik hat vor Allem die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Staat nicht in seine Theile zerfalle.“

Nein, ich glaube, in dieser Beziehung stehen wir vollkommen auf dem gleichen Standpunkt; auch wir wünschen das nicht, sondern wir wünschen die Kräftigung der Centralgewalt, gehen aber dabei von dem Grundsatz aus, daß eine kräftige Centralgewalt nur dann möglich ist, wenn sie sich auf befriedigte Länder stützt. (Beifall rechts.) Ich glaube, die Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, sprechen wohl nicht dafür, daß auf dem früheren Wege eine Stärkung der Centralgewalt erreicht worden ist. (Rufe rechts: Sehr gut!)

Der erste Herr Redner hat uns bei dieser Gelegenheit auch bemerkt, daß, wenn eine Autonomie-Erweiterung der Landtage bezweckt wird, was er von seinem Standpunkte aus nicht als geradezu unmöglich ansieht, gleichzeitig das Correctiv hiefür in der Stärkung der Centralgewalt durch das Mittel der directen Wahlen gefunden werden muß.

Als wir in unserem Programm bemerkt haben, daß wir eine Erweiterung der Landtags-Initiative in Gesetzen anstreben wollen durch eine im Reichsrathe vorzuliegende Vorlage, so hat man hieraus Beforgnisse abgeleitet und bemerkt, es dürfe im gegenwärtigen Momente durchaus nicht an der Verfassung gerüttelt werden, sondern es sei Aufgabe der Regierung, lediglich die bestehende Verfassung unverändert und unverändert zur Durchführung zu bringen. Ich glaube, im argen Widerspruch mit dieser Befürchtung steht aber die Aufforderung an uns, die directen Wahlen gegenwärtig einzuführen. Ich finde einen Widerspruch darin, weil die indirecten Wahlen, wie wir sie gegenwärtig haben, eben die Grundlage unserer Vertretungskörper bilden (Rufe: Sehr gut!), und man uns also nichts anderes zumuthet, als eine radicale Aenderung der Verfassung.

Wie eine solche Aenderung der Verfassung mit der früher ausgesprochenen Befürchtung, daß der gegenwärtige Moment überhaupt zu derlei Aenderungen nicht geeignet sei, zusammenhänge, das vermag ich wirklich nicht einzusehen. (Rufe rechts: Sehr gut! Bravo! Bravo!)

Ich werde mich heute in das Meritorische der Frage der directen Wahlen begrifflicher Weise nicht einlassen, allein einen Umstand muß ich denn doch hervorheben. Die Frage tritt nicht neu auf, sie ist bereits von sämtlichen Landtagen behandelt worden, und die Gutachten, welche hierüber von den Landtagen erstattet worden sind, sowie die Verhandlungen, welche über die Frage im h. Hause selbst gepflogen wurden, haben, glaube ich, zur Evidenz herausgestellt, daß nicht leicht eine andere Frage in solchem Maße Gegenstand des Streites zwischen den verschiedenen Parteien, zwischen den verschiedenen Nationalitäten sei, wie eben diese Frage.

Es scheint mir daher ein zweiter Widerspruch darin zu liegen, wenn man uns, die wir versöhnlich wirken wollen, auffordert, dieses Werk der Versöhnung damit zu beginnen, daß wir diesen Zankapfel abermals zwischen die Parteien werfen. (Bravo! Rufe: Sehr gut! rechts.) Ich muß jedoch bemerken, daß die Frage der directen Wahlen nicht mehr als das Ziel, welches wir anstreben, sondern nur als Mittel zur Erreichung des Zweckes bezeichnet wurde. Ich komme dadurch darauf zurück, daß der Zweck, den wir in unserem Programme vorangestellt haben, die Herstellung des inneren Friedens, die Versöhnung der verschiedenen Parteien, von allen Rednern, die heute im h. Hause das Wort ergriffen haben, als das Endziel jeder österreichischen Politik hingestellt worden ist. Es ist also eine Divergenz in den Ansichten über die zu erreichenden Ziele nicht vorhanden, das, glaube ich, hat die heutige Debatte zur Genüge constatirt. Die Differenz der Anschauungen würde sich sonach

lediglich auf die Mittel beziehen, die zu diesen Zwecken führen. (Rufe links: Freilich!)

Auch in dieser Beziehung ist bereits von einem Redner des Centrums hervorgehoben worden, daß es besser sein dürfte, über die Frage der Mittel, die zu diesem Ziele führen sollen, erst dann zu berathen, und sich dann darüber auszusprechen, wenn eben diese Mittel Gegenstand der Berathung in diesem hohen Hause sein werden. (Rufe: Sehr gut! rechts.) Diesem Ausspruche muß ich mich auch meinerseits anschließen und ich glaube, die Bitte an das hohe Haus richten zu dürfen und glaube, daß dasselbe um so leichter derselben willfahren kann, als ich in der Beantwortung der Interpellation heute in Aussicht gestellt habe, daß wir unmittelbar nach dem Wiederzusammentritte des hohen Hauses die ersten der Vorlagen bereits zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen werden. (Beifall rechts und im rechten Centrum.)

Der Präsident schließt um 3 Uhr 30 Min. die Sitzung.

Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.

Der Pariser Aufstand.

Versailles, 25. März. Die Assemblée nahm gestern den Gesetzentwurf betreffs des Wechselmoratoriums an. Ein Circular Thiers' an die Civil- und Militärbehörden sagt: Die Ordnung im größten Theile Frankreichs ist aufrecht erhalten, in Lyon wieder hergestellt; in Marseille war die Ordnungsförderung nicht beunruhigend. In Paris gewinnt die Ordnungspartei an Terrain. Die Armee von Versailles wächst täglich. Die Nationalversammlung ist mit der Regierung einig. Ein anderes Circular rath der Bevölkerung Ruhe und Mäßigung an.

Ein Circular Picard's zeigt die Wiederherstellung der Ruhe in Lyon und Etienne an. Die Municipalität von Lille bot der Regierung ihren ergebenen Beistand an.

Paris, 25. März. In der Nachtsitzung der Assemblée in Versailles beschwor Thiers die Assembléemitglieder, die Leidenschaften im öffentlichen Interesse zu unterdrücken, sonst könnte ein unglückliches Wort Ströme Blutes fließen machen.

Paris ist ruhig. Eine Affiche zeigt an, daß die Maires und Deputirten von Paris einverständlich mit dem Centralcomité die Wähler für morgen zu den Municipalwahlen einberufen. Die Gefahr eines Conflictes ist beseitigt.

Paris, 25. März, 11 Uhr Vormittags. Die Situation ist minder befriedigend als gestern Abends. Die Sprache des amtlichen und officiösen Comité-Drogans läßt einen Mißerfolg der Bourparlers befürchten. Man versichert, die Comité-Mehrheit sei einem Ueberkommen günstig, aber unter der PreSSION der exaltirten Elemente habe es neue Forderungen aufgestellt und sei der Abbruch der Unterhandlungen unvermeidlich. Das Comité hält die Wahlvornahme für Sonntag aufrecht.

Paris, 25. März, 1 Uhr Nachmittags. Noch kein Abkommen erzielt. Die Nationalgarde des ersten und zweiten Arrondissements wurde zur Verdoppelung der Wachsamkeit aufgefordert. Eine Proclamation Saiffet's zeigt die Uebernahme des Commando's der Nationalgarde an. Saiffet hofft die Versöhnung Aller auf dem Boden der Republik, ist aber entschlossen, wenn nöthig, sein Leben für die Vertheidigung der Ordnung und Achtung der Person und des Eigenthums hinzugeben.

Ueber die Reise des Erkaisers Napoleon

nach England liegen interessante Details vor. Am 19ten März, Abends 7 Uhr, traf Napoleon in Begleitung des Grafen Monts und mehrerer Adjutanten mittelst eines Extrazuges in Köln ein. Auf der „festen Brücke“ wurde dem Zug eine neue, in Bereitschaft gehaltene Locomotive angehängt, worauf derselbe ohne Aufenthalt weiter fuhr, so daß der Erkaifer nicht gesehen wurde.

Das Volk, welches sich auf der Ufahrt zur Brücke und in deren Umgebung zahlreich versammelt hatte, ließ es sich nicht nehmen, seine Antipathie durch Pfeifen, Schreien und einzelne nicht schmeichelhaft klingende Worte zum Ausdruck zu bringen. Am Central-Personen-Bahnhof herrschte tiefes Schweigen während der Vorbeifahrt, da nur einzelne bevorzugte Herren und Damen daselbst geduldet wurden. Auch die Vertreter der Presse wurden polizeilich vom Perron verwiesen.

In Lüttich kam der Zug um halb 11 Uhr Nachts an. Er bestand aus vier gewöhnlichen Personenwaggons, drei Gepäckwägen und zwei Reisewaggons Napoleons. Der Erkaifer befand sich in demselben Salonwagen des Grafen von Flandern, in welchem er nach der Schlacht von Sedan nach Kassel gefahren war. Ungefähr dreißig Personen bildeten sein Gefolge. Um 5 Uhr Abends hatte die Prinzessin Mathilde Brüssel verlassen, um Napoleon in Herbesthal zu erwarten. Auf dieser Station stieg die Prinzessin in den Wagen des Erkaisers. In Lüttich hielt der Zug einige Minuten. Napoleon, ausgestreckt in einem Fauteuil, schien zu schlummern. Er trug Generalsuniform, darüber einen Mantel. Er sah ziemlich gut aus; doch sind seine Haare merklich weißer geworden; Prinzessin Mathilde war im Traueranzug.

Ein Mitarbeiter eines Lütticher Blattes, der auf dem Bahnhofe war, theilte dem Adjutanten des Kaisers, Prinzen von der Moskawa, die neuesten Pariser Depeschen mit. Der Prinz stieg sogleich von seinem Waggon ab und ging zum Kaiser. Das halbduacke, kaiserliche Coups erleuchtete sich und man sah Napoleon stehend die Depesche bei dem Scheine einer Kerze aufmerksam lesen. Sein Gesicht blieb unbeweglich wie immer, seine Umgehung dagegen schien aufgeregt.

Um 11 Uhr ging der Zug von Lüttich ab und kam um 1 Uhr Morgens in Malines an, wo die Prinzessin Mathilde einen sehr kühlen Abschied vom Kaiser nahm und mit ihrem Gefolge (darunter, wie erzählt wird, Prinz Peter Bonaparte) nach Brüssel zurückkehrte.

Um 4 Uhr Morgens kam Napoleon bei Kastem, feuchtem Wetter in Ostende an. Der Erkaifer, Prinz Murat, Marschall Bazaine, die Generale Castelnau und Fleury, der Stallmeister Raimbaut und die 37 Personen des Gefolges begaben sich ins Hotel de France, wo sich Napoleon sogleich zu Bette legte.

Um 10 Uhr Morgens begab sich der Erkaifer an Bord des englischen Staatsdampfers „Comtesse de Flandre“, nur 10 Personen seines Gefolges waren bei ihm geblieben; die Luft war nebelig, die See bewegt. Fünf Minuten, und das Schiff war verschwunden, das den gefallenen Cäsar in die Verbannung führte.

Der „Allg. Ztg.“ wird aus Brüssel, 20. März, geschrieben:

Der Kaiser Napoleon ist heute Nacht durch Belgien gekommen. Die Prinzessin Mathilde, die Gräfin Walewska, der Herzog von Montebello und der Stallmeister Raimbeaud waren nach Herbesthal, der preussischen Grenzstation, gefahren, um ihn dort zu empfangen. Dieselben verließen den Kaiser in Löwen und kehrten heute nach Brüssel zurück. In Lüttich überreichte ihm ein Redacteur der „Neuse“ das Blatt mit den neuesten Pariser Nachrichten. General Castelnau las dieselben dem Kaiser vor. „Avant deux mois nous serons à Paris,“ sagte der General, als er das Blatt zurückgab.

Landwehr.

Das Ministerium für Landesvertheidigung hat in Betreff des Verfahrens rücksichtlich der Enthebung der in die Landwehr eingereichten Wehrpflichtigen, auf welche der § 27 des Wehrgesetzes Anwendung findet, von der Präsenzdienstpflicht, die nachstehenden Bestimmungen zu treffen sich veranlaßt gefunden.

Insofern es sich darum handelt, den vorbezeichneten Wehrpflichtigen hinsichtlich der ihnen vermöge des citirten § 27 in Betreff der Zeit ihrer Ausbildung zukommenden Begünstigung gerecht zu werden, so wurde im Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium den k. k. Landwehrcommanden bereits unterm 11. December ein für alle mal bedeutet, daß die militärische Ausbildung der Landwehrrecruten der in Rede stehenden Kategorien, von deren Einberufung zur Ausbildung im letztverfloffenen Herbst gänzlich Abstand genommen worden ist, künftig gleichzeitig gemeinschaftlich mit den Recruten des stehenden Heeres, auf welche eben auch der § 27 des Wehrgesetzes Anwendung findet, und zwar bei den in den Ergänzungsstationen befindlichen Reservecommanden der Linieninfanterieregimenter stattzufinden hat.

Es sind sonach die betreffenden Landwehrrecruten bei den auf einen Heeresergänzungsbezirk entfallenden Landwehrbataillons zu der am Siege des Reservecommando's in der Ergänzungsbezirksstation befindlichen Landwehrevidenthaltung, von welcher sie während der Ausbildung zu bekleiden, auszurüsten und in Verpflegung zu nehmen sind, einzuberufen.

Unter Einem wurden die k. k. Landwehrcommanden, welche in ihrer Eigenschaft als General- (Militär-) Commanden im Sinne des § 93:5 der Instruction zur Ausführung des Wehrgesetzes im Einvernehmen mit den politischen Landesstellen zur Feststellung der Ausbildungsperiode für die Recruten des stehenden Heeres berufen sind, angewiesen, die gleichzeitige Einberufung der betreffenden Landwehrrecruten zu verfügen.

Diese Einberufung wird für die nächste Ausbildungsperiode der letztverwähnten Recruten nach Maßgabe der einschlägigen, aus den Stellungslisten entnommenen Bemerkungen der Landwehrevidenthaltungen erfolgen.

Für die Zukunft ist über den Anspruch auf die vorbemerkte Begünstigung schon bei der regelmäßigen Stellung im Sinne des § 56 der Instruction zur Ausführung des Wehrgesetzes zu entscheiden. Im Falle der affirmativen Entscheidung sind die betreffenden Landwehrmänner während des Fortbestandes jener Verhältnisse, aus welchen der vorbezeichnete Anspruch hervorgeht, selbstverständlich auch von den sonst gesetzlich zulässigen ausnahmsweisen Dienstleistungen im Frieden entbunden.

Hiedurch entfällt die Anmerkung zu § 56:2 der Instruction zur Ausführung des Wehrgesetzes.

Auf einen alljährlichen Nachweis über die Fortdauer der die Enthebung von der Verpflichtung zu den eben angedeuteten ausnahmsweisen Dienstleistungen begründenden Verhältnisse hat es in Anbetracht dessen, daß die Dienstleistung der Landwehr im Frieden eben nur eine ausnahmsweise, von außerordentlichen Umständen

abhängige ist, bei Landwehrmännern der erwähnten Kategorien nicht anzukommen und wird den Betreffenden lediglich obliegen, den gesetzlichen Anspruch auf die Enthebung von Dienstleistungen im Frieden, welche nicht als Kriegsdienstleistungen betrachtet werden können, im Wege der zuständigen politischen Behörde erster Instanz zu jener Zeit geltend zu machen, in welcher sie zu den gedachten Friedensdienstleistungen einberufen werden sollten.

Diese Bestimmung hat auch bezüglich jener Wehrpflichtigen Geltung zu finden, welche erst nach ihrer Einreihung in die Landwehr und allfällig in derselben bereits erlangten Ausbildung in die im § 27 des Wehrgesetzes festgestellten Verhältnisse gelangen.

Tagesneuigkeiten.

(Ostasiatische Expedition.) Se. Excellenz der Reichskanzler hat anlässlich der dem Herrn Hofrath Dr. v. Scherzer soeben zu Theil gewordenen Allerhöchsten Auszeichnung an diesen eine Zuschrift gerichtet, in welcher er nebst seinem Glückwunsche zugleich seine Befriedigung darüber ausdrückt, „daß Dr. v. Scherzers aufopfernde Bemühungen um das Zustandekommen und Gelingen der ostasiatischen Expedition die Allerhöchste Anerkennung gefunden haben.“ — Ein Zufall wollte, daß fast gleichzeitig Herrn Dr. v. Scherzer — der als auswärtiges Mitglied der k. bairischen Akademie der Wissenschaften sich verpflichtet fühlte, auch während seiner letzten Weltreise die Interessen der ethnographischen Staatssammlung zu fördern — von Sr. Majestät dem König von Baiern das Commandeurkreuz des Michaelordens verliehen wurde.

(Das Eisenbahnunglück von Frohnleiten) war letzte Woche Gegenstand einer Gerichtsverhandlung in Graz. Ein Weichenwärter, der durch falsche Stellung des Wechfels unmittelbar das Unglück verschuldet hat, wurde von der Anklage der Vernachlässigung pflichtmäßiger Observe freigesprochen, da einmal nicht erwiesen werden konnte, daß die elektrischen Stodensignale richtig gegeben worden, dann aber, daß der Angeklagte bereits 42 Stunden im Dienst und also von ihm keine pünktliche Dienstleistung zu verlangen war.

(Abschmelzen der Gletschermassen in den Alpen.) Gegenüber den zahlreichen Nachrichten über das bedeutende Zurücktreten der Gletscherzungen in der ganzen Alpenkette, vom Dachstein im Osten angefangen, ist ein ziffermäßiger Nachweis über das Abschmelzen der Firnpitzen, welches von Mitgliedern der Alpenvereine in den letzten Jahren vielfach beobachtet worden ist, von besonderem Interesse. Professor Pfandler hat durch im Sommer 1870 in der Stubai-er Gebirgsgruppe (Tiroler Centralalpen) vorgenommene trigonometrische Messungen gezeigt, daß die an oder über 11.000 Wiener Fuß hohen Firnpitzen dieser Gegend seit sechs Jahren im Mittel um 17.57 Fuß (5.56 Meter) niedriger geworden, d. h. abgeschmolzen sind. Die Anzahl der 11.000 Fuß Höhe übersteigenden Gipfel ist dadurch im Stubai-er Gebiet von vier auf drei gesunken. Einzelne Gipfel, welche vorher mit blendend weißer Firntappe bedeckt waren, zeigen jetzt nur mehr ihr dunkles Felsgerüste. — In der Habichtskette sind einige kleinere Hängegletscher gänzlich verschwunden.

(Ein durchgegangener Zug.) Am 21. d. früh wurde im Brucka-Bahnhofe die Ankunft eines Lastzuges signalisirt, welcher von Weleslawin abgegangen war und trotz des Bremsens und Contradampfes nicht zum Stehen gebracht werden konnte. Um denselben anzuhalten, war im Brucka-Bahnhofe Sand auf die Schienen gestreut worden. Wenige Minuten nach 6 Uhr brauste der aus 15 mit Kohlen beladenen und 7 leeren Wägen bestehende Lastzug heran, die Räder brachen sich jedoch durch die Sandhügel freie Bahn und der Zug ging durch. Erst beim Eisenbahnviaducte in Baumgarten blieb er stehen, nachdem der Dampf aus der Maschine vollständig herausgelassen worden war.

(Canal zur Verbindung der Nord- und Ostsee.) Das frühere Canalbau-Comité steht im Begriffe, die unter den jetzigen Umständen Aussicht auf Erfolg gewährende Thätigkeit für den Bau des großen Nord-Ostsee-Canals zwischen der Elbe und der Kieler Förde wieder aufzunehmen.

Locales.

(Ernennung.) Das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium hat den Bezirksgerichtskanzlisten Valentin Pferscher zum Officialen bei dem k. k. Landesgerichte zu Laibach ernannt.

(Militärveränderungen.) In die nicht active k. k. Landwehr wurde versetzt beim Uebertritte in den Civilstaatsdienst Lieutenant Albert v. Nagy des Inf.-Reg. Graf Huyn Nr. 79 (Domicil Wien); in den Ruhestand wurde versetzt der Hauptmann erster Klasse Paul Popovits des Inf.-Reg. Graf Huyn Nr. 79 als zeitlich invalid (Domicil Wien); der Lieutenant-Rechnungsführer Hieronymus Schlegl des Art.-Reg. Luitpold Prinz von Baiern Nr. 7 als zeitlich invalid (Domicil Laibach); der Cadet Maden Stokin wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Officiersstellvertreter vom Titler Grenz-Infanterie-Bataillon zum Inf.-Reg. Graf Huyn Nr. 79 übersezt.

(Italienische Oper.) Von Seiten des Directors Burlini, der gegenwärtig in Triest Vorstellungen gibt und mit seiner Gesellschaft seit längerer Zeit auch jährlich Agram zu besuchen pflegt, ist der Antrag hieher gestellt worden, von Ostermontag an in Laibach 15 Opernvorstellungen zu veranstalten. Es würden drei Opern: „Crispino e Comare“, „Liebestrank“ und „Don Bucefalo“ zur Aufführung gelangen. Director Burlini beansprucht hiefür eine Subvention von 800 fl., doch soll Aussicht vorhanden sein, daß er auch mit einer geringern Unterstützung auf die Sache eingehen würde.

(Zum Schneiderstrike.) Mit Bezug auf unsere gestrige Notiz wird uns vom Comité der Kleidermacher Laibachs mitgetheilt, daß die von den Meistern angebotene, jedoch nicht acceptirte Lohnerhöhung nicht 15 sondern 18 %, d. i. für jeden Rod 8 % und für jedes Beinkleid und Gilet 10 % mit dem Beisage: „nach dem Grade“ (der Leistung) betrug. Zu der am Samstag Nachmittag im Gasthause zur Sternwarte projectirten Besprechung sei kein einziger Meister erschienen. Obiger Anbot wurde von denselben schriftlich gemacht.

(Keine volle Emancipation der Frauen.) In Edinburgh verlangten Frauen, die dort in besonderen Vorlesungen Medicin studiren können, zu allen Vorlesungen und zu allen Kliniken zugelassen zu werden. Dagegen protestirten nun die Studenten des stärkeren Geschlechtes, indem sie behaupteten, daß dann manche Gegenstände nur oberflächlich und unvollkommen behandelt werden könnten, oder, wenn dies nicht der Fall wäre, sie selbst bei Discussion gewisser Dinge wegbleiben müßten. Die Herren Studenten scheinen sich zu fürchten, daß ihr wissenschaftlicher Ernst auf zu harte Proben gestellt werden könnte.

(Hamburger Firmen-Register 1871.) Bei Haasenstein & Vogler in Hamburg ist so eben ein für Kaufleute recht nützlich nachschlagend, nämlich ein „Hamburger Firmen-Register“ erschienen. Dasselbe wurde, einem längst vom Handelsstande empfundenen Bedürfnisse entsprechend, auf Anordnung des Handelsgerichts redigirt und erscheint nach dem Vorgange einiger anderer großer Handelsplätze in Hamburg zum ersten male seit Föhrung der Protokolle. Außer der Zusammenstellung aller noch bestehenden Firmen und Procuere sind auch nähere Angaben über sämtliche Actiengesellschaften und Genossenschaften darin enthalten. Der Preis beträgt nur 1 Thlr. Pr.

Neueste Post.

Versailles, 26. März. Eine officielle Depesche sagt, daß zwischen dem Pariser Centralcomité und den Maires ein Uebereinkommen erzielt wurde, dem die

Regierung fremd geblieben, und wonach heute die Wahlen vorgenommen werden.

Paris, 26. März. Eine Proclamation des Comité's zeigt an, daß seine Mission vollendet sei, es werde seinen Platz den Neugewählten räumen. Chanzy wurde freigelassen. Eine Versammlung der Mitglieder der republikanischen Linken beschloß, die Regierung zu unterstützen, so lange selbe republikanisch bleibe.

Paris, 26. März, Mittags. Vollständige Ruhe. Das Comité votirte die Freilassung Chanzy's. Die Wahlen haben heute früh begonnen. Zahl der Wähler ist nur unbedeutend.

London, 27. März. Depesche der „Daily News“ aus Paris, 26. März: Triumph der revolutionären Partei vollständig, große Wahlmajorität ist ihr gesichert. Die Bewegung wird sich in einer Woche auf alle großen Städte erstrecken und die Regierungseposition überall unmöglich machen. „Times“ meldet, General Binoy besteht darauf, gegen Paris zu marschiren.

Paris, 25. März. Der „National“ meldet, der algerische Aufstand habe die größte Ausdehnung gewonnen. Er erstreckt sich von der marokkanischen bis zur tunesischen Grenze, also fast durch das ganze Land. Die Belagerten fordern 80.000 Mann Verstärkung.

Telegraphischer Wechselkurs vom 27. März.

Spec. Metalliques 58.35. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Rufen 58.35. — Spec. National-Anlehen 68.15. — 1860'r Staats-Anlehen 95.60. — Banfactien 727. — Credit-Actien 266.60. — London 124.95. — Silber 122.75. — k. k. Münz-Ducaten 5.85. — Napoleon'd'or 9.96.

Theater.

Heute: Auf vielseitiges Verlangen zum zweiten mal: **Frau-Frau.** Pariser Sittenbild in 5 Acten von Meilhac, deutsch von E. Rauphner

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit	Baromet. h. über Meer	Therm. in Paris	Therm. in Laibach	Wind	Witterung	Wasser	Therm. in Wien
27	6 U. Mg.	326.62	+ 5.1	SW schwach	ganz bew.			
	2 „ N.	325.84	+ 9.4	SW schwach	ganz bew.	0.00		
	10 „ Ab.	325.03	+ 5.5	SW schwach	sternhell			

Vormittags trübe, Nachmittags theilweise Aufklärung. Abends kühl, sternhelle Nacht. Das Tagesmittel der Wärme + 6.7°, um 21° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.



Eduard Kautschitsch, Gütebesitzer von Untertichtenwald, gibt in seinem Namen sowie im Namen seines Sohnes **Arthur Kautschitsch**, Studirenden, seiner Schwiegermutter **Frau Johanna Zweyer**, seiner Schwägerinnen **Frauen Madelaine Edle v. Horvath** und **Salbine Zweyer**, endlich seiner Schwäger **Karl Zweyer** und **Josef Edler v. Horvath** die Tranerkunde von dem tief erschütternden Hinscheiden seiner innigstgeliebten Gemalin

Henriette Kautschitsch geb. Zweyer

welche am 27. März 1871 um halb 7 Uhr Morgens im 43. Lebensjahre ihren langen Leiden erlag. Die sterbliche Hülle wird am 29. März 1871 Vormittags 9 Uhr vom Sterbeorte zum Eisenbahn-Stationenplatz in Lichtenwald und von dort mittelst Eisenbahn nach Laibach überführt, um vom dortigen Bahnhofe auf den Friedhof zu St. Christoph übertragen und daselbst in der Gruft der Familie Zweyer beigesetzt zu werden.

Untertichtenwald, am 27. März 1871.

Leichenbestattungs-Anstalt des Franz Döberlet in Laibach.

Wochenbericht.

Wien, 24. März. Die Börse war heute heftigen Schwankungen unterworfen. Anglo-Bank und Union hatten rapides Steigen; erstere hoben sich über 250, letztere über 280. sehr empfindliche Reaction geltend, doch blieben die Kurse immerhin noch um etwa 3 fl. über gestrige Notiz. Creditactien, welche sich bis 268 gehoben hatten, bei welcher Notizung sie freilich gegen gestern noch immer 1 1/2 verloren, wichen unter 277, Bankverein von 241.50 auf 238. Auch im Schrankenverkehr machte sich die Reaction, freilich weniger empfindlich, geltend.

A. Allgemeine Staatsschuld.		Wiener Communalanlehen, rüdz. Geld Waare		Franz-Josephs-Bahn		Siebenb. Bahn in Silber verz.	
für 100 fl.		zahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld Waare		Geld Waare	
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.	Geld Waare	B. Actien von Bankinstituten.		Geld Waare		Staatsb. G. 3% a 500 Fr. .1. Em. 135.25 135.75	
in Noten verzinst. Mai-November	58.35 58.45	Anglo-östr. Bank		245.00 245.50	Südb. G. 3% a 500 Fr. pr. Stück 112.50 113.00		
Februar-August	58.30 58.40	Banverein		236.00 238.00	Südb. G. a 200 fl. 3. 5% für 100 fl. 90.00 90.25		
Silber	68.05 68.15	Boden-Creditanstalt		252.00 254.00	Südb. Bonds 6% (1870-74)		
Jänner-Juli	68.20 68.30	Ereditanstalt f. Handel u. Gew.		265.30 265.50	a 500 Fres pr. Stück . . . 241.00		
April-October	68.20 68.30	Ereditanstalt, allgem. ungar.		90.50 91.00	Ung. Ostbahn für 100 fl. . . 85.00 85.50		
Jose v. J. 1839	277.00 278.00	Escompte-Gesellschaft, u. ö.		862.00 866.00			
1854 (4%) zu 250 fl.	89.50 90.00	Franco-östr. Bank		107.00 107.16			
1860 zu 500 fl.	95.50 95.75	Generalbank		88.75 89.00			
1860 zu 100 fl.	107.75 108.25	Handelsbank		726.00 727.00			
1864 zu 100 fl.	123.50 123.75	Nationalbank		274.50 275.00			
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. ö. W. in Silber	122.00 122.50	Unionbank		107.00 108.00			
C. Grundentlastungs-Obligationen.		Bereinsbank				H. Privatlose (per Stück.)	
für 100 fl.		Verkehrsbank				Ereditanstalt f. Handel u. Gew.	
Böhmen	zu 5 pCt 94.00 95.00	E. Actien von Transportunternehmungen.		Geld Waare		Geld Waare	
Galizien	5 74.10 74.60	Alföld-Fiumaner Bahn		172.00 173.00	Angsburg für 100 fl. Südb. W. 103.65 103.80		
Nieder-Österreich	5 96.50 97.00	Böhm. Westbahn		253.00 254.00	Frankfurt a. M. 100 fl. detto 103.90 104.00		
Ober-Österreich	5 94.00 95.00	Carl-Ludwig-Bahn		255.50 256.00	Hamburg, für 100 Mart Banco 91.85 92.00		
Siebenbürgen	5 74.25 74.75	Donau-Dampfschiff. Gesellsch.		585.00 587.00	London, für 10 Pfund Sterling 124.85 125.00		
Stetermar	5 93.00 94.00	Eisabeth-Westbahn		220.00 221.00	Paris, für 100 Francs		
Ungarn	5 79.50 80.00	Eisabeth-Westbahn (Ein- u. Zwei-Weiser Strecke)		191.50 192.00			
D. Andere öffentliche Anlehen.		Ferdinands-Nordbahn		2152.00 2155.00			
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt.		Königs- u. Kaiser-Bahn		167.00 168.00			
Ung. Eisenbahnanlehen zu 120 fl.						K. Münz-Ducaten . . 5 fl. 85 fr. 5 fl. 87 fr.	
ö. W. Silber 5% pr. Stück						Napoleons'd'or . . 9 „ 96 „ 9 „ 96 „	
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl.						Preuß. Cassenscheine . 1 „ 83 1/2 „ 1 „ 84 „	
ö. W. (75 fl. Einzahl.) pr. Stück						Silber 122 „ 50 „ 123 „	
						Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prämienanlehen: 86.00 — Geld, — Waare,	